

* Politische Tagesübersicht.

Halle, 16. Februar.

Die Erklärung über die Holzölle und die Zuckerteuerung wird erst nach Ostern erfolgen können. Die Stimmung für die letztere Angelegenheit ist im Reichstage durchaus günstig, dagegen geben die Meinungen bezüglich der Holzölle doch sehr auseinander und es ist durchaus fraglich, ob der Entwurf die Majorität finden wird. Dazu kommt, daß die Petitionen gegen die Holzölle täglich zahlreicher einlaufen und man keineswegs vergeblich nachzuweisen, daß durch eine Erhöhung der Holzölle weite industrielle Kreise schwer geschädigt werden. Uebrigens hofft man, daß die fortwährende Besserung in dem Befinden des künftigen Bismarck demselben ermöglichen werde, an den wichtigen Reichsstaatsarbeiten nach Ostern zu nehmen.

Entgegen einer bisherigen Annahme verläutet heute, daß man im Kriegsministerium dem erwähnten Genannten die Vor schläge wegen kommunaler Behebung der Privatverordnungen der Distrikte keineswegs schroff ablehnend gegenübersteht.

Die Reichstagskommission zur Vorberathung des Antrags wegen Entschädigung unschuldig Verurtheilter ist in die zweite Sitzung eingetreten. Dieselbe ist indes noch nicht beendet, vielmehr hat die Kommission ihre Beratungen bis nach Ostern vertagt. Der Abg. Böffel hat die Vorlegung eines neuen Entwurfs in Aussicht gestellt.

Die Vorlage eines Gesetzes über die Einrichtung eines Staatsstudienbuches ist, wie bereits gemeldet, demnächst zu erwarten. Der wesentliche Inhalt desselben geht der N. A. Z. zufolge dahin, daß die Schulverordnungen der vierprozentigen konsolidirten Staatsanleihe künftighin in Buchstücken des Staates auf den Namen eines bestimmten Gläubigers umgewandelt werden können. Die Umwandlung erfolgt gegen Entschädigung zum Umlaufe brauchbarer Schulverordnungen durch Eintragung in ein bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden zu führendes Staatsstudienbuch.

Die Kommission des Reichstages, welche — aus Abgeordneten der über 300 gemeinlichen Gebietsheile bestehend — mit der Verfügung über die zu Gunsten der letzteren einzulassenden Unterhaltungsgebühren betraut ist, beriet gestern, um über die weitere Verwendung der vorhandenen Mittel der Lage gemäß zu beschließen. Beim Reichstagspräsidium sind bis jetzt in Summa 608,000 M. eingegangen. Hier- von sind nach Maßgabe der früheren Beschlüsse (auf Grund des vom Kaiser und den Abgeordneten bei der Summe aus dem kaiserlichen Dispositionsfonds festgesetzten Verteilungsmodus) 342,000 M. zur Verteilung bereits gelangt. Von den noch restierenden 266,000 M. sollen vorläufig 175,000 M. sofort verteilt werden, und zwar sollen davon 20 pCt. an Hessen, Unterfranken, Württemberg, 10 pCt. an Baden, 5 pCt. an das betreffende Donaueggen und an den Regierungsbezirk Wiesbaden; 2 1/2 pCt. an Württemberg und an Elsaß-Lothringen abgehen werden. Der Kaiser hat außerdem seinerseits 110,700 M. eingekandt erhalten. Er hat durch den Abg. Vahl die Kommission ersucht, er hat durch den Abg. Vahl die Kommission ersucht, daß er bereit sei, diese Summe nach demselben Maßstabe zur Verteilung kommen zu lassen, wie ihn die Kommission für die beim Reichstage eingelaufenen Summen beschließen werde. Uebrigens hat der Präsident 35,000 M. von den im Reichstage vorhandenen Mitteln bereits an die Vorkommenden in der Eifel gekandt.

Die vereinigten Ausschüsse des Bundesraths für Handel und Verkehr und der Eisenbahnen, Post und Telegraphie hielten gestern eine Sitzung ab, in welcher, wie verlautet, vornehmlich die Briefmarken-Angelegenheit behandelt wurde. An der Sitzung nahmen Theil der bayerische Minister v. Crailsheim und der württembergische Minister v. Wittmann. Es wird voraussichtlich über einen Modus Einverständnisses erzielt werden, welcher, ohne in die Reservatrechte der übrigen Staaten einzugreifen, bestehende Erschwernisse im Postverkehr beseitigt.

Die Maximalbeiträge der Bundesstaaten des Reichs belaufen sich nach der Gestaltung des Etats in zweiter Lesung auf 91,750,000 M. (12,000,000 M. weniger als im Vorjahr). Auf Preußen kommen 44,249,000 M. (8,000,000 M. weniger als im Vorjahr), Bayern 19,747,000 M., Sachsen 4,914,000 M., Württemberg 7,316,000 M., Baden 4,801,000 M., Reichsland 3,147,000 M. z.

Bei der Abstimmung über die Unteroffizierverordnungen in Reutrecht (vergl. Sitzungsbericht oben) stimmten mit Nein von den Separatisten: Ebertz,

zu allgemeinen Stimmen kein Wort, sondern verließ bald darauf die Versammlung. Als Abelaide, unverweilt von den Bitten der Anderen, sich einige Zeit nachher in ihr Zimmer begeben wollte, um ihrer Kammerfrau die nöthigen Befehle zu geben, trat ihr Graf Eberstein entgegen.

„Wästen Sie mit einige Minuten schenken, Prinzessin?“ fragte er. Sie nickte stumm Gewährung und folgte ihm in sein Arbeitskabinett.

„Sie werden sich gemindert haben, daß ich nicht in der letzten Bitten einstimme, Sie noch länger hier zu behalten.“ „Ihre Erlaubnis Sie nicht, daß mein Grund von dem Mangel an Bedauern lag, Sie so bald von sich scheiden zu sehen.“

„Ich weiß es, Graf Achillas, und ich erlaube es in höchstem Grade an.“ „Ich möchte Ihnen danken, Abelaide.“ fuhr der Graf mit heftigem Ernst fort, „eshe wir uns trennen und doch — ich fürchte sehr, Ihrer edlen Handlungsweise den schönsten Beleg zu rauben, wenn ich Sie durch vielleicht nichts sagende die nur schweigend entgegengenommen, nie mit Dankesworten besocht werden können.“ — So möchte ich das bezeichnen, was Sie für uns, für mich gethan.“

Abelaide blickte zu Boden. „Sie wissen, warum ich es gethan.“

„(Fortf. folgt.)“

Faus, Gutfisch, Hönika, Jegel, Knischbach, Kaster, v. Köm, Raus, Stengel, Thienius; es fehlten von Jordanbeck, von Stauffenberg, Sella, Braun, Dorn, Rausche, Flügel, Schlu- von dem Centrum stimmten mit Ja: Graf Schamare, v. Heremann, v. Kestler, Roscham, beide v. Landberg, Reichensperger, Graf Surrau, v. Schorlemer-Bech, Streiter; es fehlten Windstorp, v. Schorlemer-Alt, so wie dreifig Andere.

Die Nationalliberalen des Abgeordneten- hauses haben beschließen, in Sachen der Kanalvor- lage von der Regierung eine bindende Zusage zu fordern, daß in bestimmter Frist der Kanal über Wunden bis zur Elbe etwa bei Wagnoburg weitergeführt werde. Man hofft, daß auch viele Abgeordnete anderer Fraktionen — abgesehen von den eigentlichen Interessenten — sich hierfür interessieren, diese Zusage der Regierung zu erlangen.

Zufolge Anweisung des preussischen Ministers für öffentliche Arbeiten lassen in neuerer Zeit die Eisenbahn- verwaltungen sich es angelegen sein, etwaige unzutref- fende Zeitungsanordnungen über vorgekommene Eisenbahn- unfälle sofort sachgemäß zu berichtigen. Die Eisenbahn- verwaltungen haben sogar in jedem einzelnen Falle zu er- wägen, ob es sich nicht empfehlen würde, in geeigneten öffentlichen Blättern eine andere Nachrichten zube- stimmende offizielle Mittheilung über den Vorfall zu machen. Die Betriebsämter sollen der vorge- setzten Direktion anzeigen, was in dieser Beziehung von ihnen veranlaßt worden ist, während seitens der königlichen Direktionen bezw. Eisenbahnkommissionariate zu kontrolliren ist, ob die erforderlich erscheinenden Veröffentlichungen stattgefunden haben.

Der Verein der deutschen Spiritusfabrikan- ten hat gestern zu seiner 30. Generalversammlung zusammen. Die Verhandlungen boten ein vorwiegend technisches Interesse.

Der Deutsche Landwirtschaftsrath wird am nächsten Montag, den 19. d. M., im Reichstagsgebäude in Berlin seine 11. Plenarversammlung abhalten und ist den Mitgliedern bereits die Einladung hierzu zugegangen. Einen Hauptpunkt der Tagesordnung bildet ebenfalls der Antrag des landwirtschaftlichen Fokalvereins Gießen, betreffend Erhebungen über Verhütung des Grundbesitzes; hiermit in Verbindung: Die Ausdehnung der durch den königlich preussischen Minister der Landwirtschaft angeordneten Er- hebungen über Zunahme der Verhütung, Substantiation zc, auf die nichtpreussischen Staaten Deutschlands.

Der gegenwärtig in Dresden versammelte Landes- kulturath des Königreichs Sachsen hat in seiner Sitzung am 13. d. M. einstimmig beschlossen:

1. Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, eine Erhöhung resp. Ergänzung der Eingangszölle auf sämt- liche landwirtschaftliche Produkte unter Herstellung eines der wirklichen Lage entsprechenden Ver- hältnisses der Zölle der Rindfleisch zu denen der bearbeiteten Waaren befürworten zu wollen.

2. Eine Eingabe an den Bundesrath und den Reichstag zu richten, in welchem eine Erhöhung und Ergänzung der unter 1 genannten Zölle gebeten wird.

Das österreichische Herrenhaus hat die einzelnen Paragraphen und Artikel der Gewerbeverordnungen un- terbrecht nach den Anträgen der Kommission angenommen. Im Laufe der Beratung hatte der Handelsminister in einer beifällig aufgenommenen Rede die Annahme empfohlen und darauf hingewiesen, daß die Vorlage den Wünschen der Ge- werbetreibenden entspräche und gerade auf dem Gebiete der ge- werblichen Interessen keine nationalen Differenzen hervor- getreten seien.

In der gestrigen Sitzung der französischen Deputir- tenkammer verlas Marou den Bericht der Kommission, welcher sich für die Verwerfung des Antrags Waddington in der Präbentenfrage ausspricht, da derselbe Niemand befriedige, der Bericht empfiehlt dagegen die An- nahme des Antrags Floquet. Nachdem ein Antrag auf so- fortige Diskussion gestellt war, erklärte der Justizminister Doves, der Präsident Gröby habe die Demission des Rats- netz, welche lediglich durch die Krankheit Fallières motivirt war, noch nicht definitiv angenommen; das Ministerium bestrebe noch in durchaus konstitutioneller Weise fort und stelle sich der Kammer vollständig zur Verfügung. Die Kammer beschließt, auf sofortige Beratung einzugehen. Flo- quet erklärt, daß er einer Transaktion über den Antrag Warbey beistimme, aber welche die Herstellung eines Einver-nehmens zwischen Senat und Kammer möglich erscheinen. Mezières tritt für den Antrag Waddington ein, Madier de Montjan richtet heftige Angriffe gegen den Senat. Nach dem hierauf erfolgten Schluß der Generaldiskussion bringt Proust ein Amendement zum Antrag Warbey ein, nach welchem der Artikel 3 betreffend die militärischen Grade und die Verlegung der Prinzen in Dispositionität wegfallen soll. Die Regierung spricht ihre Zustimmung zu dem so modifizirten Antrag Warbey aus. Der durch die Streichung des Artikels 3 über die Grade und über die Verlegung der Prinzen in Dispositionität modifizierte Antrag Warbey wurde nach weiterer Debatte mit 342 gegen 182 Stimmen ange- nommen. Laizant sprach das Verlangen aus, eine Inter- pellation an die Regierung über die Maßregeln zu richten, die sie gegen die Präbentenliste zu ergreifen gedenke. Der Kriegsminister Epibaudin erwiderte, die Regierung werde nach endgültiger Annahme der Präbentenverordnungen weitere Erklärungen abgeben. Die Interpellation wurde darauf auf 8 Tage vertagt.

Die holländische zweite Kammer hat nach dreitägiger Beratung eine Resolution ihrer Kommission, welche den Kontrakt mit den Zimberbergerwerken in Billston für ungelte- lich und dem Staatsinteresse unabweisbar erklärt und die Annullirung des Kontraktes verlangt, mit 57 gegen 20 St. angenommen.

In der Thronrede, mit welcher das englische Parlament gestern eröffnet wurde, werden die Beziehungen zu den Mächten als freundschaftliche bezeichnet. Seit dem

Schlusse der vorigen Session sei die Ruhe in Aegypten wieder hergestellt, die Zurückziehung der dort verbliebenen englischen Truppen vollziehe sich so schnell, als es eine fluge Erwägung der Umstände gestatte. Die Rekonstitution der Regierung Aegyptens und die Reorganisation ihrer Geschäfte unter der Autorität des Khedive sei zum Theil schon voll- zogen, die Königin werde fortfahren, denselben ihre Auf- merksamkeit zuzuwenden und sich bemühen, die Wirksamkeit der Maßregeln zu sichern, welche ergriffen worden seien, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und eine den Be- dürfnissen und Wünschen der Bevölkerung entsprechende Vertretung, sowie die Achtung vor den internationalen Ver- pflichtungen wieder herzustellen. Sie habe bereits das dem Sultan und den Großmächten gegebene Versprechen erfüllen können, der freundschaftlichen Erwägung derselben die Ar- rangements zu unterbreiten, welche ihr am geeignetsten schienen, die Stabilität der Regierung des Khedive, die Wohlfahrt und das Glück des ägyptischen Volkes, die Si- cherheit des Suezkanals und den europäischen Frieden zu sichern. Die auf diese Ziele gerichtete Politik der Regierung werde auch in Zukunft sachgemäß sein, die sie in der Vergangenheit gewesen. Sie rechne zuversichtlich auf eine richtige Würdigung dieser Politik durch die übrigen Mächte. Die Thronrede hebt ferner hervor, daß die Donautoni- ferenz zusammengetreten sei, um die Garantie der Dona- schiffahrt sicher zu stellen, welche unter der Garantie der Großmächte gestellt sei und einen Theil des öffentlichen Rechts Europas bilde. Ueber Irland heißt es in der Thronrede, die sociale Lage habe sich gebessert, die Agrar- verbrechen hätten sich merkbar vermindert, dem Geleit sei überall Geltung verschafft worden. Gleichwohl erhebe sich das Mißverhältnis von gemeinen Gesellschaften in Dublin und anderen Orten Energie und Wachsamkeit ohne jedes Nach- lassen von Seiten der Exekutivgewalt. Die in der Thron- rede angeführten Gesetzentwürfe betreffen nur Gegenstände von lokaler Wichtigkeit für England, Schottland und Wales, u. A. wird ein Gesetzentwurf vorgelegt werden betreffend die Entschädigung englischer und schottischer Pächter für die von ihnen angewendeten landwirtschaftlichen Melioration- en. Die Thronrede sagt schließlich, daß in den letzten Jahren die Zeit des Parlamentes für die Angelegenheiten Irlands in Anspruch genommen gewesen sei, jetzt erforder- lich die allgemeine Gesetzgebung und das Bedürfnis anderer Theile des vereinigten Königreichs die Aufmerksamkeit des Parlamentes, gleichwohl sei zu hoffen, daß im Laufe dieses Jahres auch einigen legislativen Bedürfnissen Irlands werde entprochen werden können.

Deutsches Reich.

Berlin, 15. Februar.

— Se. Majestät der Kaiser nahm heute Vor- mittag die Berichte der Hofmarschälle entgegen und ar- beitete abdam mit dem Kriegsminister v. Kamete und dem General-Lieutenant von Albedyll. — Später empfing der Kaiser den aus Metz hier eingetroffenen Kommandeur der Kavallerie-Division des 15. Armeekorps, General- Lieutenant von Wicht, und Nachmittags ertheilte der Kaiser dem Staatsminister und Staatssekretär des Aus- wärtigen Amtes Grafen Haffel die Audienz. Nach- mittags hatte der Kaiser auch wieder eine Spazierfahrt unternommen.

— Ihre Majestät die Kaiserin besuchte gestern Mittag die Augustastiftung zu Charlottenburg.

— Der Kronprinz ertheilte gestern Nachmittag 12 1/2 Uhr dem Professor Orth anlässlich dessen 50jährigen Amtsjubiläum eine Audienz. — Heute Vormittag begab sich der Kronprinz nach Potsdam und wohnte dort der Be- sichtigung der Rekruten des 1. Bataillons vom 1. Garde- Regiment z. F. speziell derjenigen der Leibkompanie, welche durch den Prinzen Wilhelm von Hohenzollern vorgestellt wurde, bet. Nach dem Schluß der Besichtigung kehrte der Kronprinz von Potsdam nach Berlin zurück. Nachmittags 1 Uhr war der Kronprinz dann in einer Sitzung des Landes-Deputationskollegiums im Herrenhause anwesend.

— Beim Verlassen eines Pferdeabmagens hatte der Kammerherr Graf Deynhäufen vorgiepen an der Pots- damer Brücke des Unglück, von einem im schwarzen Trabe befahrenen Wägelwagen, dessen Führer aufstehend an- getreten gewesen, erfaßt und so unglücklich zur Erde ge- worfen zu werden, daß ihm dabei durch den Pferdefuß eine tiefe Wunde an der Stirn und durch die Räder des schweren Wagens die oberen Glieder der drei letzten Finger der linken Hand fast vollständig abgetrennt wurden. Nach- dem ein Arzt die Wunden vernäht, bez. an der verletzten Hand einen Verband angelegt, konnte Graf Deynhäufen seine in der Markgrafenstraße gelegene Wohnung auf- suchen.

— Die Adresse, mit der die Deputation der preussischen Städte unter Führung des Oberbürgermeisters v. Jordanbeck das Geschenk zur Silberhochzeit des Kron- prinzen p. a. r. e. überreicht hat, lautet:

„Euren kaiserlichen und königlichen Hoheiten ist das hohe Glück zu Theil geworden, am sorglich gewahrten Herde und in der Mitte blühender Kinder den Silberweg zu vinden in den Mythenland. Vereint in festlicher Freude, bringen zu diesem heilwollen Tage auch die unterzeichneten preussischen Städte ihren ehrfurchtsvollen Glückwunsch dar. Huldreich, von dem ganzen Volke in tief dankbarem Herzen anerkannte Thaten auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens bezeichnen den Weg, welchen Eure kaiserlichen und königlichen Hoheiten in dem vor 25 Jahren geschlossenen, von Gott ge- segneten Herzensbunde zurückgelegt haben; das heutige Fest lenkt den Blick, insbesondere auf den reichen Schatz reinen Glückes, welchen Höchstselben im Kreise der erlauchten Familie gefunden haben. Möge des Allmächtigen Schutz und Segen Eure kaiserliche und königliche Hoheiten auch auf dem ferneren Lebenspfade bis zu den höchsten Zielen und in die fernsten Zeiten begleiten, mögen auch die Tage erhabener Pflichterfüllung und höchsten Glanzes verschönt werden durch die herzerwärmende Liebe, welche allein in der Familie zu

